



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Das Meinungsbild der Salzburgerinnen und Salzburger

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Dezember 2021

Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Salzburg	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	7
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Salzburg	7
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	16
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	17
Pressespiegel	19
Bilder der EU-Zukunftstour in Salzburg	20
Resümee	21

Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.¹ Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

¹ Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** (www.market.at) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

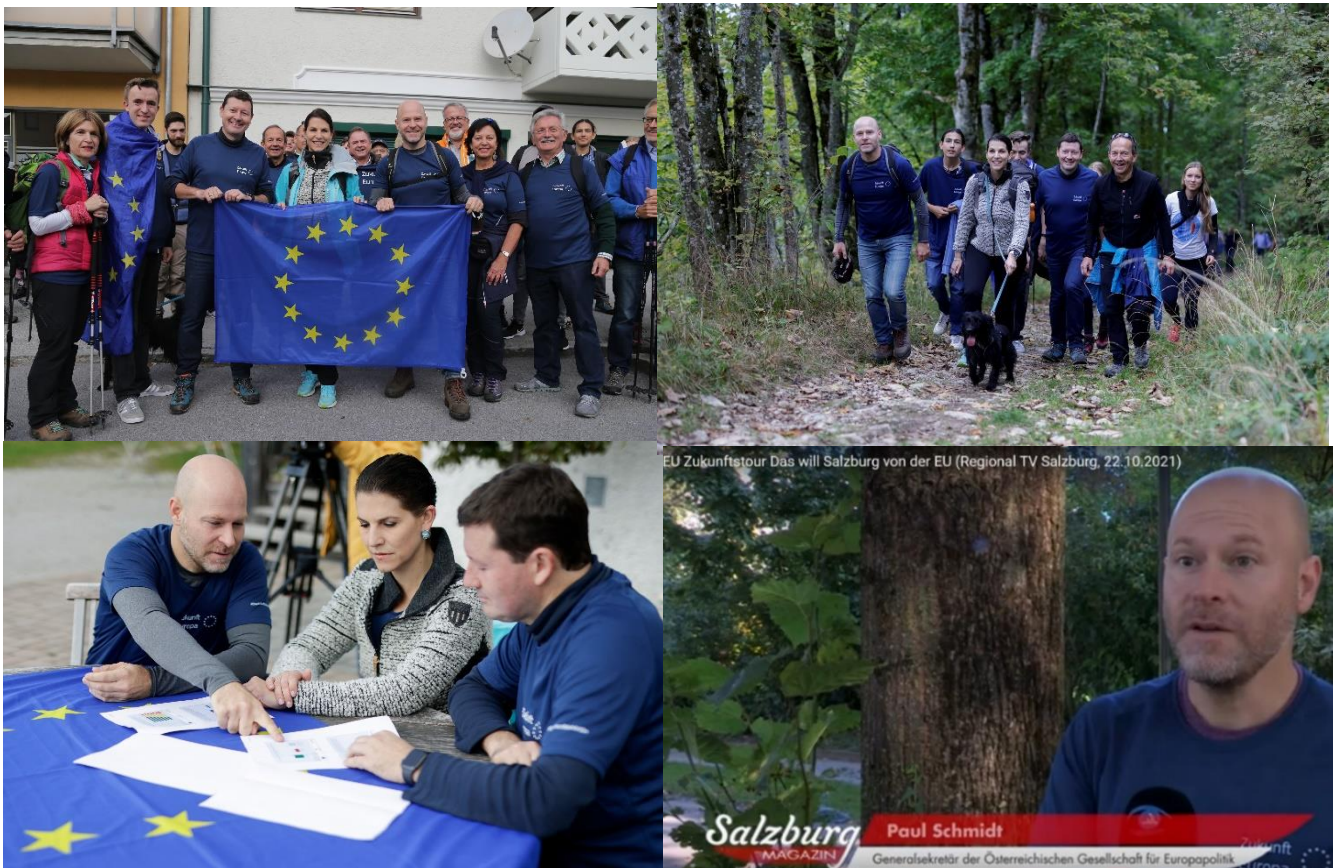
- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Umfrage Salzburg

Die **Umfrage** im Bundesland Salzburg wurde vom **10. bis 23. Juni 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die Salzburger Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.² Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 15. bis 19. Oktober 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad durch Salzburg unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.³

Im Rahmen der Salzburg-Tour fand am 16. Oktober auch eine „**EU-Zukunftswanderung**“ mit **Bundesministerin Karoline Edtstadler** auf den Gaisberg statt.



© BKA/Andy Wenzel (Fotos rechts oben / links unten)

² Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

³ Siehe: Klimaschutz ist für Salzburger das dringlichste europäische Thema (APA-OTS, 18. Oktober 2021) https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211018_OTS0068/klimaschutz-ist-fuer-salzbuerger-das-dringlichste-europaeische-thema-bild

Ergebnisse

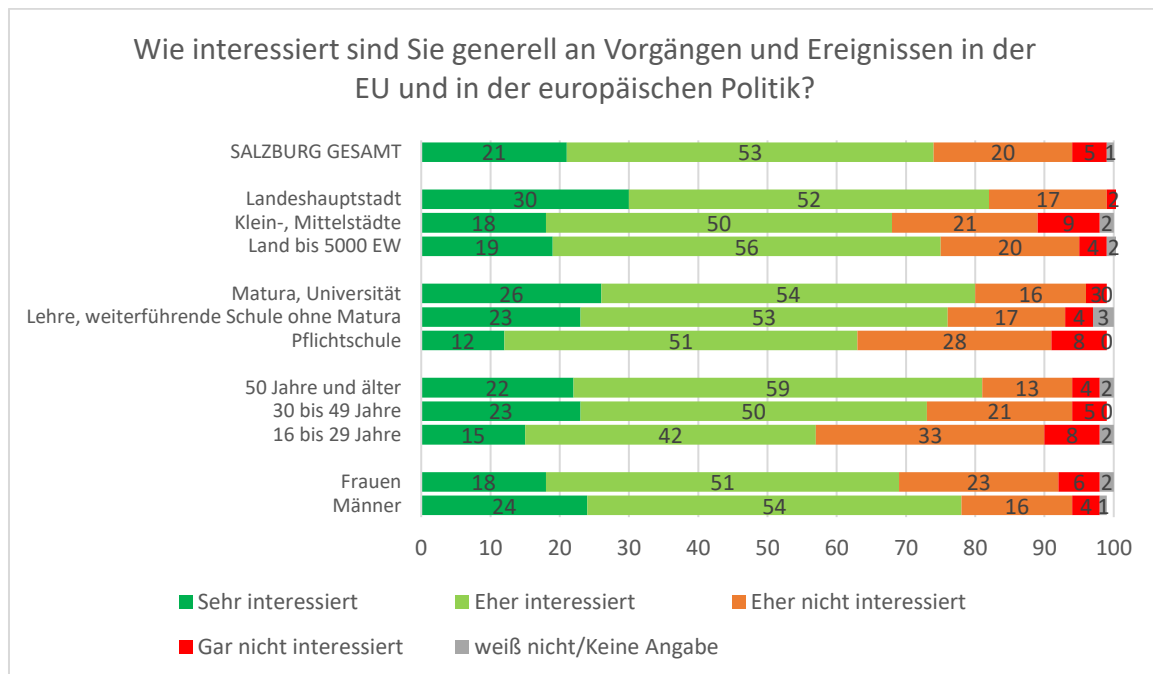
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Fast drei Viertel der Salzburgerinnen und Salzburger zeigen sich in der Umfrage an „**Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert**“, davon 21 Prozent „sehr“ und 53 Prozent „eher“. Ein Viertel ist dagegen „eher nicht“ (20 Prozent) oder „gar nicht“ (5 Prozent) daran interessiert.

Je älter die Befragten, desto größer auch ihr Interesse an politischen Geschehnissen in der EU: 81 Prozent der über 50-Jährigen zeigt sich daran interessiert, für die 30 bis 49-Jährigen gilt es dies 73 Prozent, für die Jüngsten bis 29 jedoch nur mehr zu 57 Prozent. In letztgenannter Gruppe sagt ein Drittel der Befragten, dass sie kaum oder gar kein Interesse an europäischer Politik haben.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad steigt auch das Interesse an Europa: Sagen noch 63 Prozent der Personen mit Pflichtschulabschluss, dass sie sehr oder eher interessiert sind, liegt der entsprechende Wert bei SalzburgerInnen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura bei 76 Prozent und bei Befragten mit Matura/Universitätsausbildung bei 80 Prozent. Fast drei von zehn PflichtschulabsolventInnen geben an, kaum oder kein Interesse an europäischer Politik zu haben.

Schließlich zeigen sich Männer etwas europainteressierter als Frauen: 78 Prozent der männlichen, aber nur 69 Prozent der weiblichen Befragten sagen, sich dafür zu interessieren.

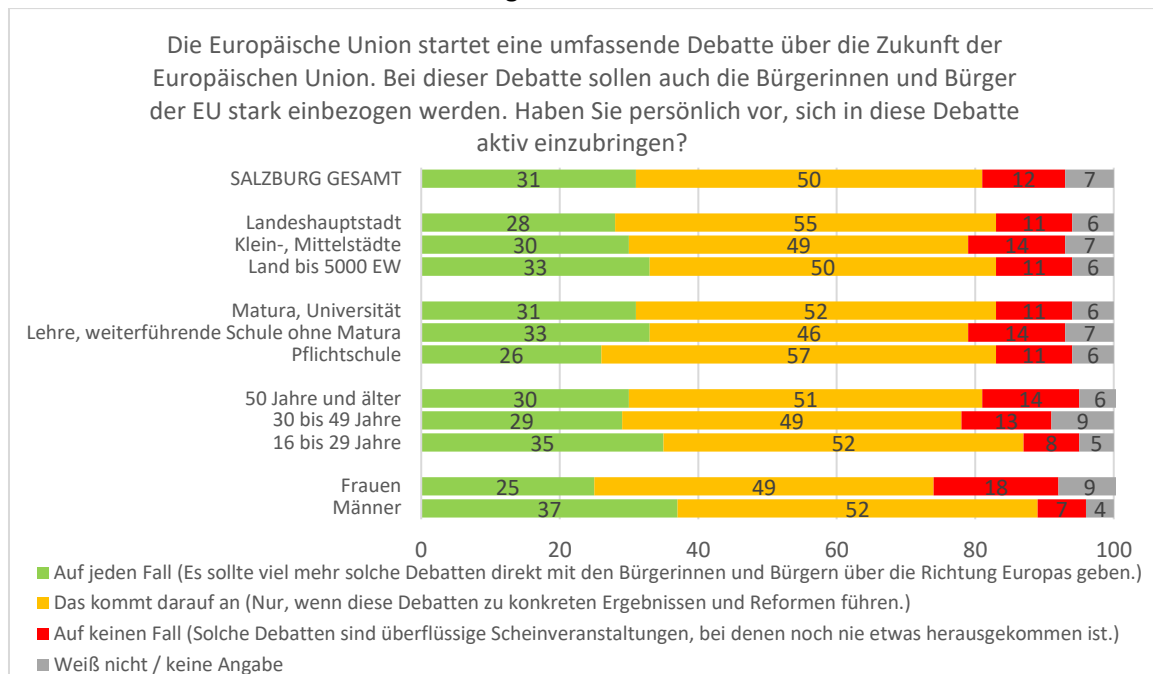


Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Drei von zehn Befragten (31 Prozent) geben an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 51 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. 12 Prozent ziehen dies für sich auf keinen Fall in Betracht, 7 Prozent können zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

In dieser Frage zeigen sich nur recht geringe Unterschiede im Meinungsbild der Befragten. Die Bereitschaft, sich „auf jeden Fall“ an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen, ist noch am stärksten bei Männern (37 Prozent) sowie den den Jüngsten im Alter von 16 bis 29 Jahren (35 Prozent) ausgeprägt.

Frauen sagen zu 18 Prozent, und damit etwas häufiger als andere Befragungsgruppen, dass sie sich auf keinen Fall an der Zukunftsdebatte beteiligen wollen.



Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Salzburg

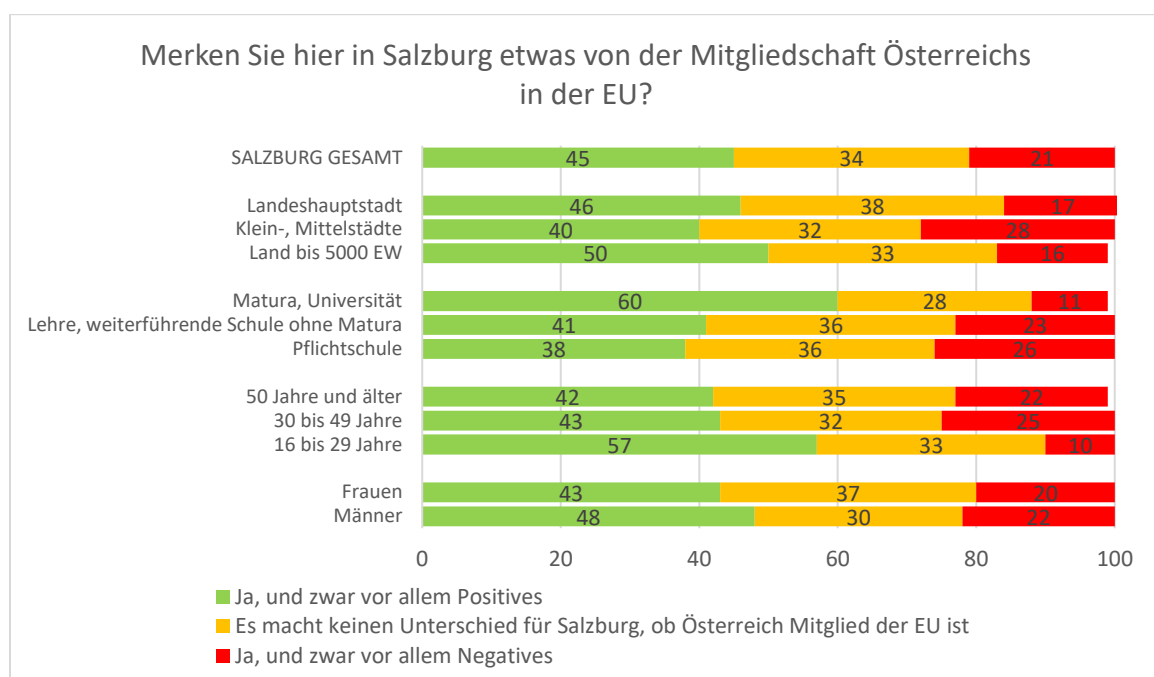
Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Salzburg** geht, so sind 45 Prozent der Befragten überzeugt, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives im eigenen Bundesland bemerken, 21 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Etwa ein Drittel (34 Prozent) sagt, „es macht keinen Unterschied für Salzburg, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

Sechs von zehn SalzburgerInnen mit Matura oder Universitätsabschluss bewerten die EU-Mitgliedschaft als gut für das Bundesland, in anderen Bildungskategorien ist nur jede/r Vierte dieser Ansicht.

Auch die jüngsten Befragten im Alter zwischen 16 und 29 Jahren nehmen die EU-Mitgliedschaft als positiv für ihr Bundesland wahr: 57 Prozent äußern sich in diesem Sinne, während es in älteren Befragungsgruppen nur etwas mehr als jede/r Vierte zustimmt.

Am kritischsten sehen die Mitgliedschaft Salzburgerinnen und Salzburger, die in kleinen und mittelgroßen Städten leben (28 Prozent bewerten sie als „negativ für das Bundesland“), Befragte mit Pflichtschulausbildung (26 Prozent) sowie die Altersgruppe der 30 bis 49-Jährigen, in der jede/r Vierte sich hinsichtlich der Auswirkungen auf das Bundesland Salzburg skeptisch äußert.

In der Landeshauptstadt selbst sagen 46 Prozent, dass die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives für ihr Bundesland mit sich bringt, 17 Prozent sehen eher negative Auswirkungen, 38 Prozent sind in dieser Frage unentschieden.



EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

42 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 24 Prozent ist es eher ein Nachteil, für 29 Prozent „macht es keinen Unterschied“. 5 Prozent beantworten diese Frage nicht.

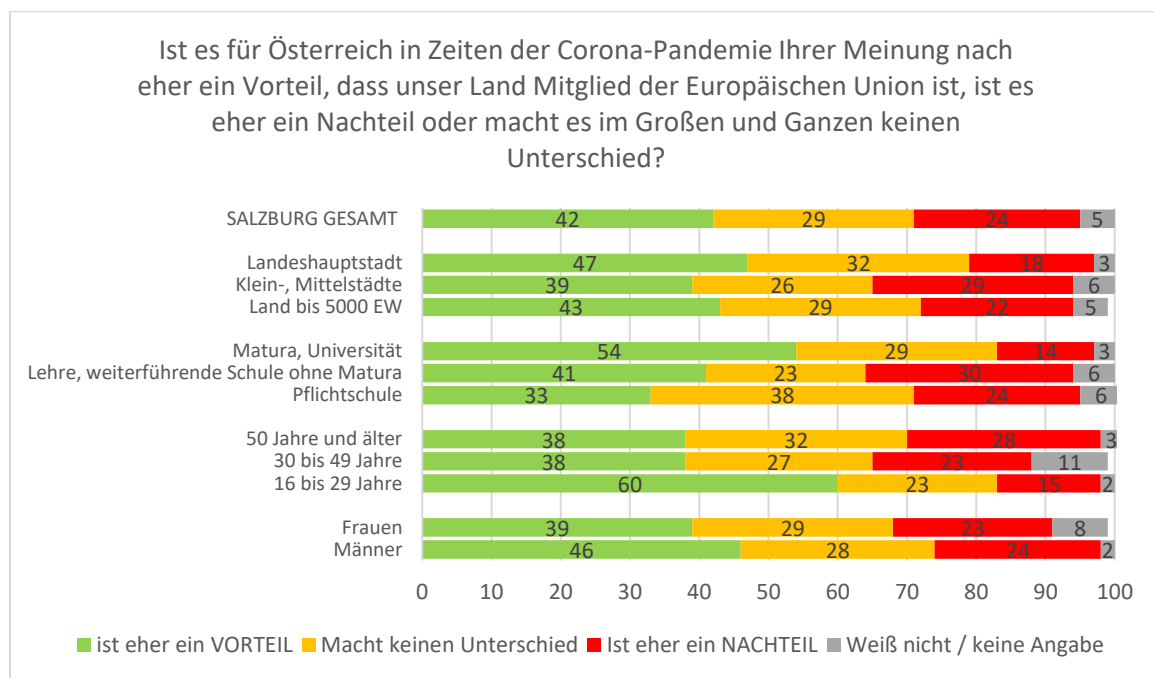
In der Altersgruppe der 16 bis 29-Jährigen sind sechs von zehn Befragten der Überzeugung, dass die EU-Mitgliedschaft in Pandemie-Zeiten ein Vorteil ist. Bei den älteren Befragten sind nur vier von zehn dieser Ansicht.

Dass die EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Pandemie ein Vorteil ist, wird mit steigendem schulischen Ausbildungsgrad häufiger angegeben: 54 Prozent der MaturantInnen und

UniversitätsabsolventInnen sind dieser Meinung, bei Befragten mit Lehrabschluss sind es 41 Prozent, bei jenen mit abgeschlossener Pflichtschule (ohne weiterer Ausbildung) nur mehr ein Drittel.

Zu den größten SkeptikerInnen zählen in dieser Frage Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura, SalzburgerInnen, die in kleinen und mittelgroßen Städten wohnen, sowie die Altersgruppe 50 plus. In diesen Befragungsgruppen sagt etwa jede/r Dritte, dass die EU-Mitgliedschaft angesichts der Corona-Pandemie für unser Land einen Nachteil darstellt.

Männer äußern sich in dieser Frage etwas positiver als Frauen (46 zu 39 Prozent).



Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

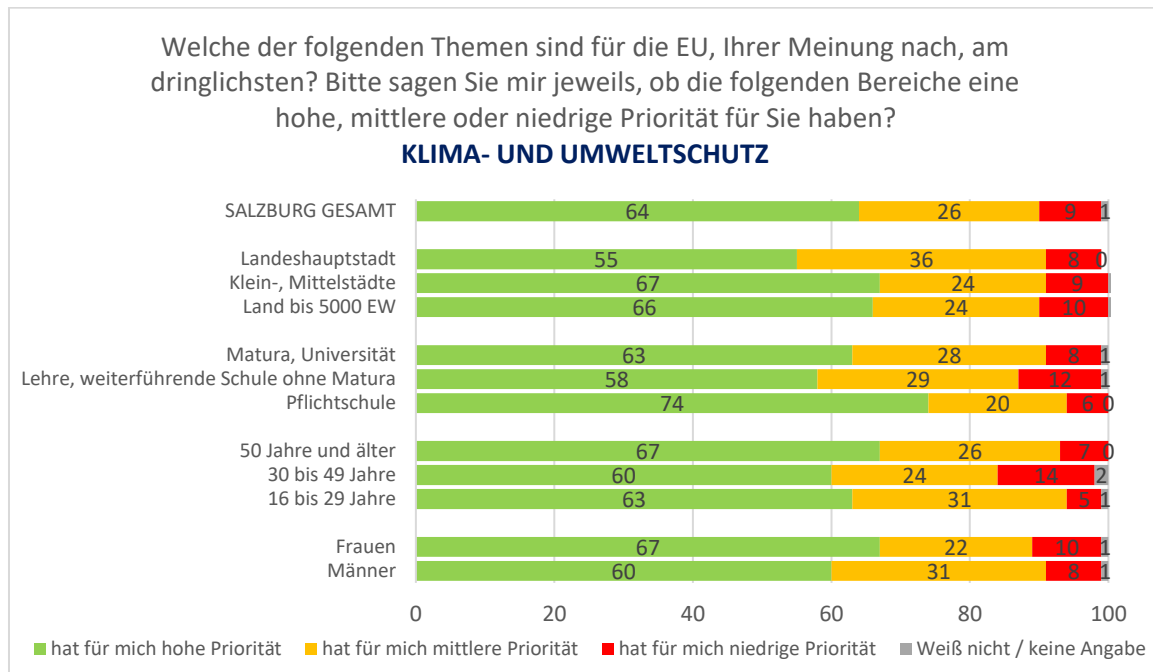
Der „Klima- und Umweltschutz“ sowie „die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ stehen für die Salzburgerinnen und Salzburger an erster Stelle jener Themen, denen sich die EU künftig vordringlich widmen soll. Es folgen auf der Prioritätenskala die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ sowie eine „gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik“.

Klima- und Umweltschutz

Fast zwei Drittel der SalzburgerInnen (54 Prozent) geben in der Umfrage an, dass der Klima- und Umweltschutz für die Europäische Union hohe Priorität haben sollte. Für 26 Prozent hat das Thema mittlere Priorität, 9 Prozent sehen es als nicht vordringlich an.

Befragte mit Pflichtschulabschluss (ohne weitere Ausbildung) sind jene Befragungsgruppe, die den Klima- und Umweltschutz am stärksten – zu 74 Prozent – als vordringlich erachten. SalzburgerInnen in kleinen und mittelgroßen Städten schließen sich dieser Meinung zu zwei Drittel an, dasselbe gilt auch für Frauen und die Generation 50+.

Generell ist die Zahl jener, die diesem Punkt nur „niedrige“ Priorität einräumen, sehr gering. Am höchsten ist sie noch in der Gruppe der 30 bis 49-Jährigen, die dies zu 14 Prozent angeben.



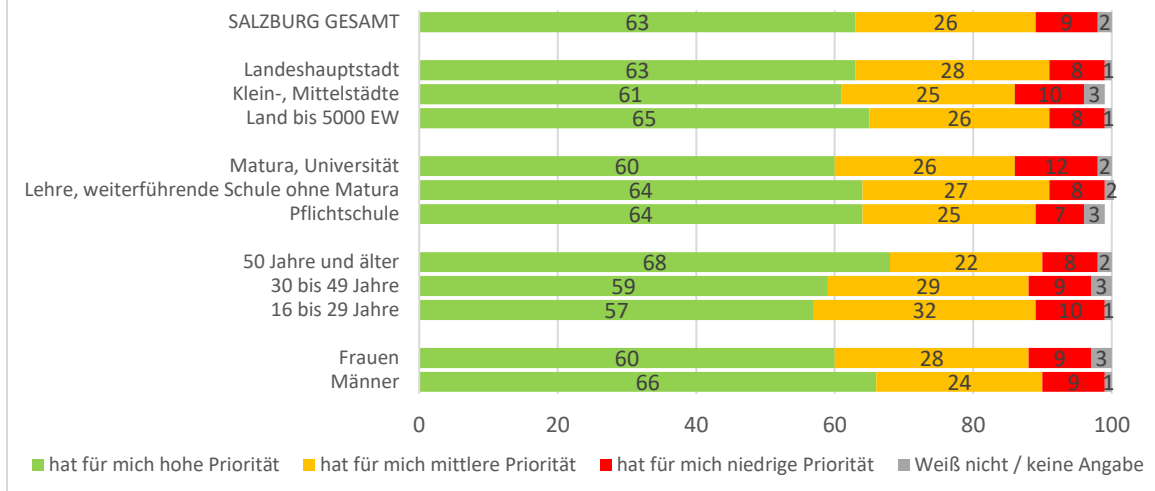
Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

Etwas mehr als sechs von zehn Befragten (63 Prozent) ist es wichtig, dass die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ von der EU auf der Prioritätenskala ganz oben angesetzt wird. Für 26 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 9 Prozent „niedrige“.

Das Meinungsbild zu dieser Frage gestaltet sich recht einheitlich. Am stärksten sprechen sich Befragte ab 50 Jahre dafür aus, dass das Corona-Krisenmanagement eine Hauptpriorität der EU sein sollte, am schwächsten ist diese Ansicht bei den 16 bis 29-Jährigen ausgeprägt, die ihm nur zu 57 Prozent hohe Priorität zuschreiben.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN

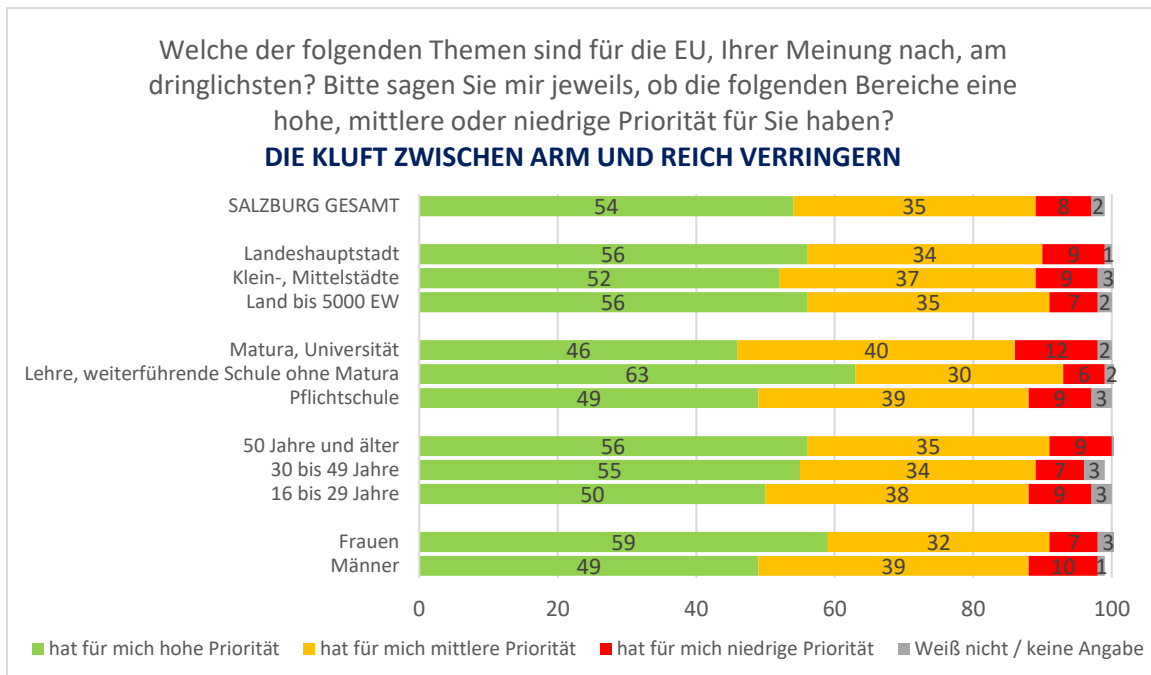


Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

Für 54 Prozent der Salzburgerinnen und Salzburger hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die „**Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern**“. Für 35 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 8 Prozent „niedrige“.

Dieses Thema ist Frauen dringlicher als Männern – 59 Prozent der weiblichen, aber nur 49 Prozent der männlichen Befragten sagen, dass es für die EU ganz oben stehen sollte.

Sehr stark ist dieser Wunsch auch in der Gruppe jener Personen vertreten, die über einen Lehrabschluss verfügen bzw. eine weiterführende Schule ohne Matura absolviert haben: 63 Prozent möchten, dass sich die EU darum annimmt.



Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Für 46 Prozent der SalzburgerInnen ist „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf der Prioritätenskala, für 38 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. Nur 12 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“). 4 Prozent nehmen nicht Stellung.

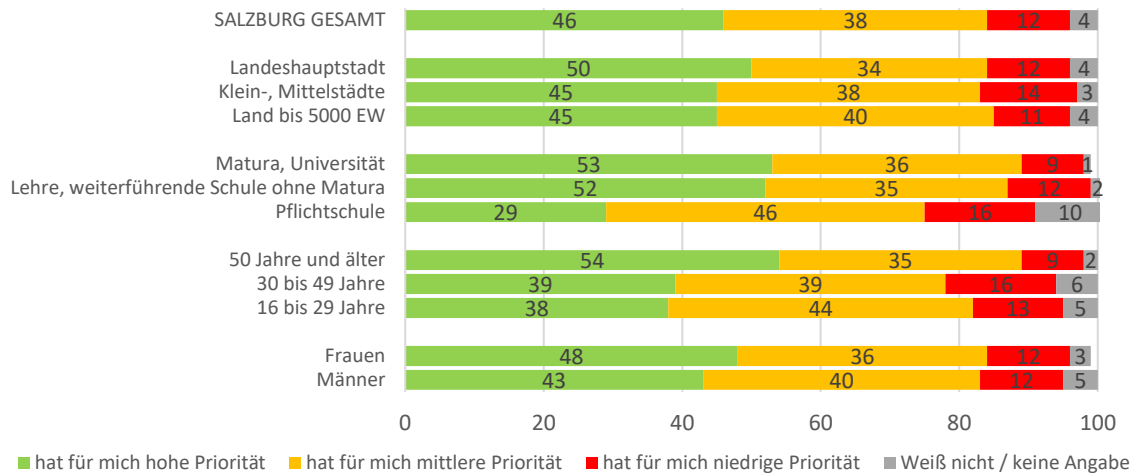
Dieser Punkt ist vor allem älteren Befragten wichtig: 54 Prozent der über 50-Jährigen möchten, dass eine neue gemeinsame EU-Strategie bei Asyl und Migration prioritär angegangen wird. Auch Personen mit Matura/Universitätsausbildung und Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura sind zu 53 bzw. 52 Prozent von dessen Dringlichkeit überzeugt.

In der Gruppe der 16 bis 29-Jährigen hat eine einheitlichen EU-Migrations- und Asylpolitik jedoch nur für 29 Prozent höchsten Vorrang. 46 Prozent sagen, es hätte für sie mittlere, 16 Prozent sogar niedrige Priorität.

Der Wohnort der Befragten spielt für die Beurteilung dieser Frage keine relevante Rolle. Auch zwischen Männern und Frauen sind die Unterschiede im Meinungsbild gering.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

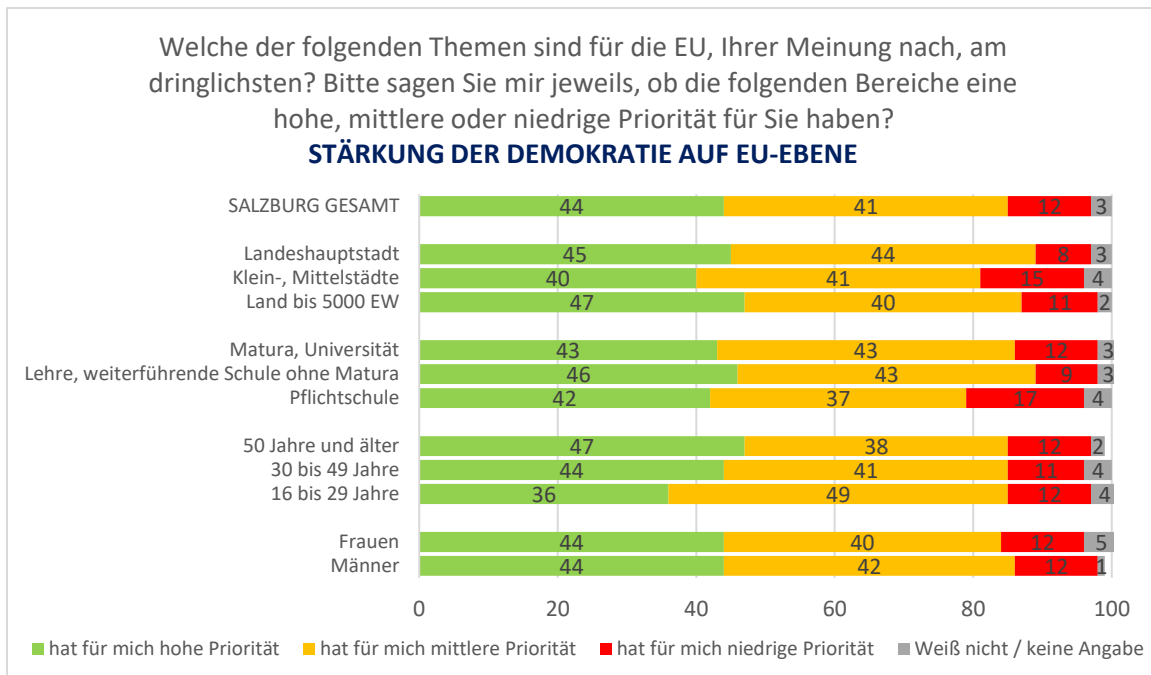
EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK



Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

44 Prozent der Befragten ist „**die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene**“ ein Anliegen, dem sich die Europäische Union vorrangig annehmen sollte. Für weitere 41 Prozent hat dieses Thema „mittlere“ Priorität. 12 Prozent sehen in mehr Demokratie für der EU keine dringliche Angelegenheit, 3 Prozent beantworten diese Frage nicht.

Das Meinungsbild der Salzburgerinnen und Salzburger zu diesem Punkt erweist sich als ziemlich einheitlich: Am seltensten halten die 16 bis 29-Jährigen eine Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene für eine hohe Priorität für die EU (36 Prozent). Befragte mit abgeschlossener Pflichtschule antworten zu 17 Prozent, dass eine Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene für sie nicht vorrangig ist.



Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

Ein Drittel der befragten SalzburgerInnen gibt an, dass es hoch an der Zeit wäre, **„die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“**. Für 46 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“ hat, für 17 Prozent ist es nicht notwendig, dass die EU hier unmittelbar tätig wird. 3 Prozent äußern sich dazu nicht.

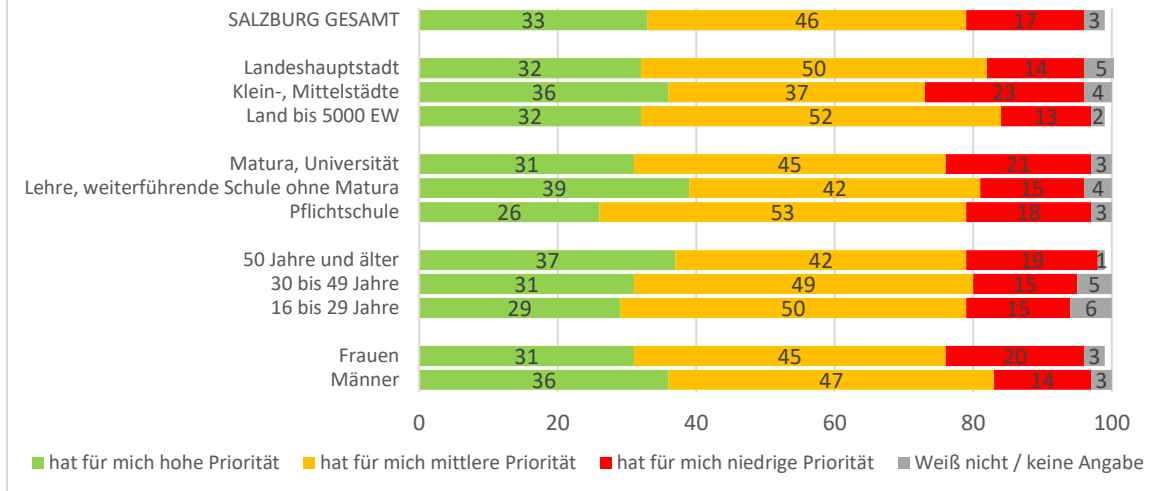
Mit höherem Alter wird diesem Thema stärkere Bedeutung zugemessen. So hat für 43 Prozent der über 50-Jährigen eine Stärkung der Regionen „hohe Priorität“, bei den 30 bis 49-Jährigen gilt dies jedoch nur zu 32 Prozent, in der Altersgruppe 16 bis 29 Jahre lediglich zu 19 Prozent.

Dass eine Stärkung der Regionen von der EU umgehend angegangen werden sollte, wird am häufigsten von der Gruppe der Personen angegeben, die eine Lehre bzw. weiterführende Schule ohne Matura absolviert haben (39 Prozent). Ältere Befragte über 50 sind von der Dringlichkeit des Themas etwas stärker überzeugt als andere Altersgruppen.

Für Salzburgerinnen und Salzburger, die in kleinen und mittelgroßen Städten leben, hat eine Stärkung der Regionen zur 23 Prozent „niedrige“ Priorität, auch Personen mit Matura/Universitätsabschluss stimmen dieser Ansicht zu 21 Prozent zu.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



Stärkung der globalen Rolle der EU

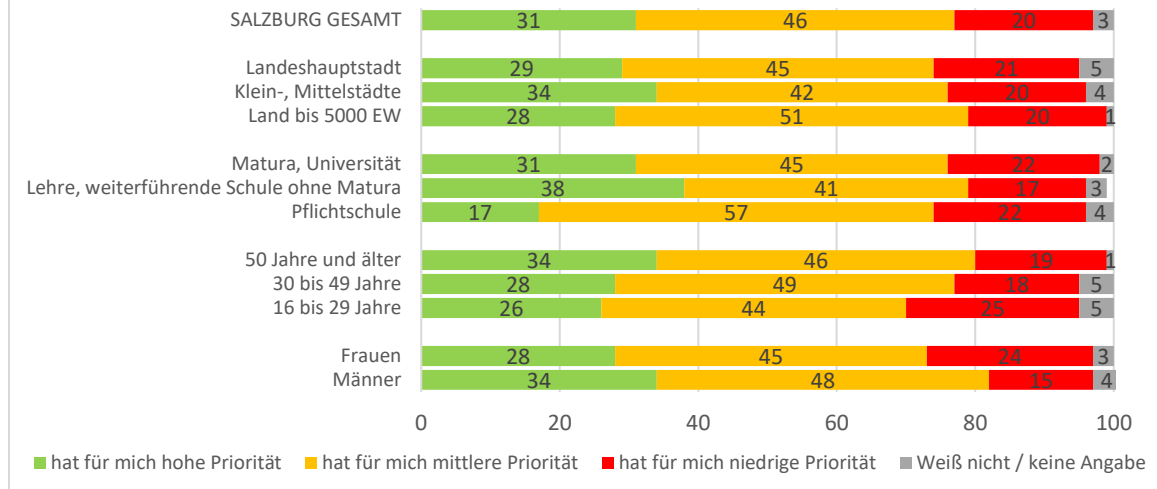
Die „**Stärkung der globalen Rolle der EU**“ steht auf der Prioritätenliste der SalzburgerInnen an letzter Stelle. Für nur 31 Prozent hat dieser Bereich „hohe Priorität“, für 46 Prozent „mittlere“. 20 Prozent sagen, dass eine stärkere EU auf der Weltbühne ein Thema ist, das sich für die EU eher nachrangig stellt. 3 Prozent geben keine Antwort.

Dass die Europäische Union sich global stärker positionieren soll, ist Männern wichtiger als Frauen (34 zu 28 Prozent). Personen ab 50 treten etwas stärker dafür ein als andere Altersgruppen. Am ausgeprägtesten ist dieser Wunsch jedoch in der Gruppe jener Befragten zu sehen, die eine Lehre oder weiterführende Schule ohne Matura absolviert haben (38 Prozent).

SalzburgerInnen im Alter zwischen 16 und 29 Jahre sind hingegen nur zu 17 Prozent davon überzeugt, dass es dringend eine stärkere EU auf der Weltbühne braucht, 25 Prozent sehen darin sogar eine „niedrige Priorität“. In ähnlich hohem Ausmaß äußern sich auch Frauen in diesem Sinn (24 Prozent).

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN

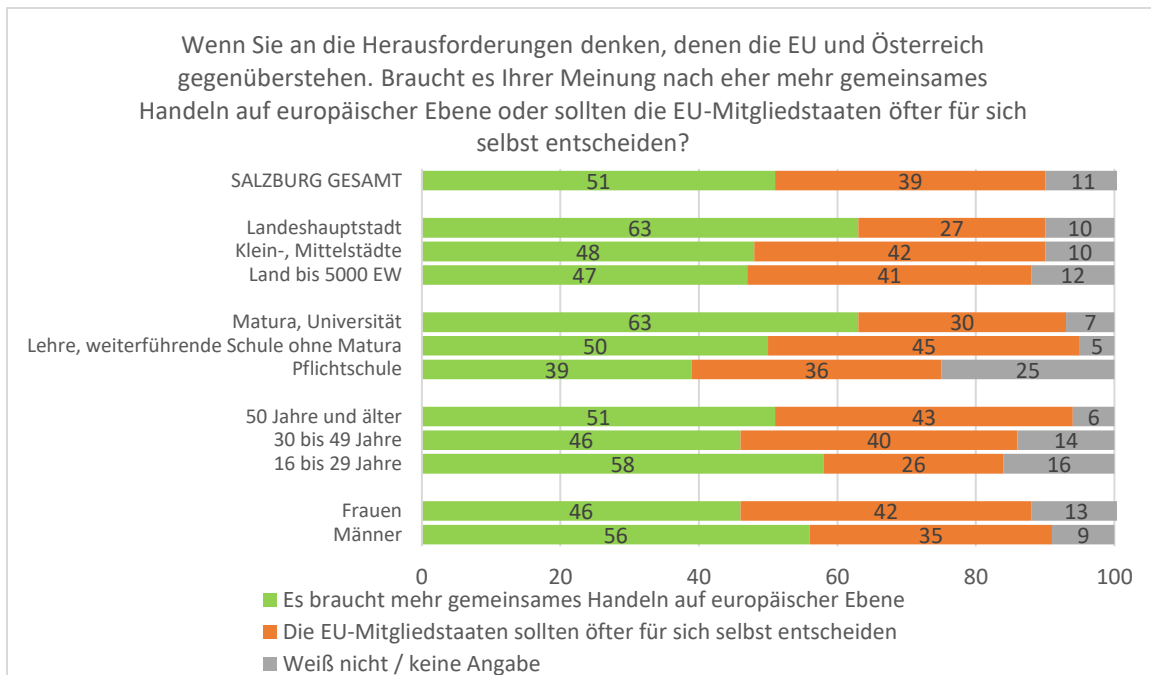


Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

51 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass **„mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“** notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 39 Prozent würden es für sinnvoller halten, dass künftig die **„EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“** sollten. 11 Prozent können oder wollen diese Frage nicht beantworten.

Für ein Mehr an gemeinsamen Entscheidungen treten vor allem jene Befragten ein, die in der Landeshauptstadt Salzburg wohnen bzw. über Matura bzw. eine Universitätsabschluss verfügen (je 63 Prozent). Auch Männer (56 Prozent) und Personen im Alter von 16 bis 29 Jahren (58 Prozent) teilen häufig diese Meinung.

Die größten Anhänger von mehr einzelstaatlichen Beschlüssen finden sich bei Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura (45 Prozent), in der Gruppe der über 50-Jährigen (43 Prozent), bei Frauen sowie SalzburgerInnen, die in kleineren Städten und am Land leben (etwa vier von zehn Befragten).



Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat etwa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 17 Prozent geben in dieser Frage der **nationalen Ebene** den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 10 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Ein hoher Anteil von 22 Prozent kann oder möchte diese Frage nicht beantworten.

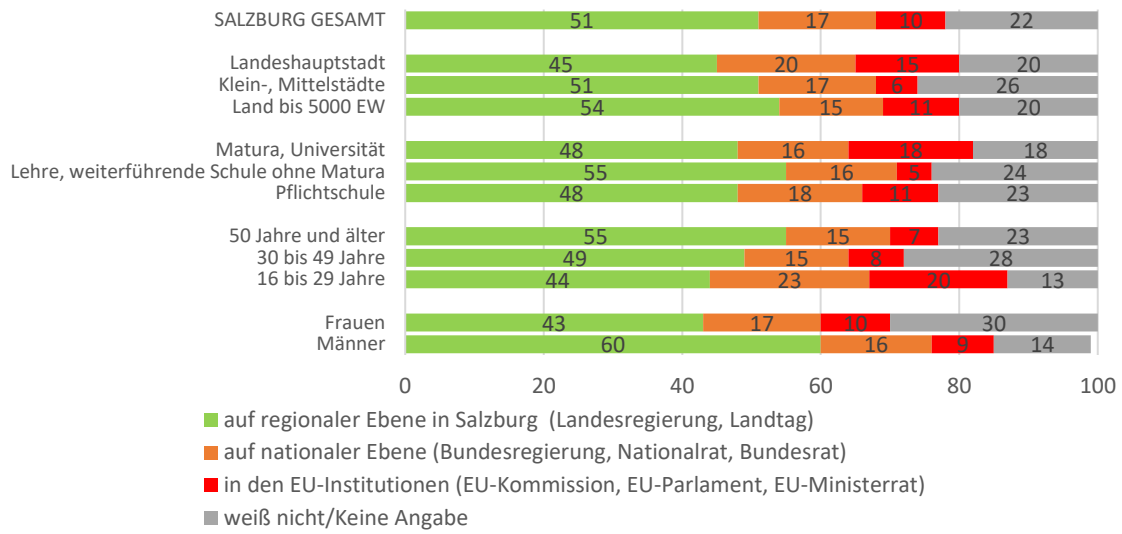
Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** bei Männern (60 Prozent), Befragten ab 50, Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura (je 55 Prozent) sowie in ländlichen Gemeinden (54 Prozent).

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den Personen zwischen 16 und 29 Jahren (23 Prozent) sowie in der Landeshauptstadt (20 Prozent).

Die Vertrauenswerte in die **EU-Institutionen** sind in der Gruppe der 16 bis 29-Jährigen am höchsten: 20 Prozent sagen, dass sie in die EU am meisten Vertrauen haben, wenn es um Entscheidungen geht, die ihre persönlich Zukunft betrifft. 18 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss schließen sich dieser Meinung an.

Die Beurteilung dieser Frage fällt vielen Befragten schwer – besonders Frauen (30 Prozent), SalzburgerInnen im Alter von 30 bis 49 Jahren (28 Prozent) und BewohnerInnen kleiner und mittelgroßer Städte (26 Prozent)

Bei politischen Entscheidungen, die meine Zukunft betreffen, habe ich das größte Vertrauen in die Entscheidungsträger/innen...



Pressespiegel

Nur noch 200 Tage, um Europa zu verbessern: Edtstadler, Selmayr und Schmidt werben für stärkere Beteiligung an EU-Zukunftsdebatte (APA-OTS, 14. Oktober 2021)

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211014_OTS0175/nur-noch-200-tage-um-europa-zu-verbessern-edtstadler-selmayr-und-schmidt-werben-fuer-staerkere-beteiligung-an-eu-zukunftsdebatte

BORG Bad Hofgastein bringt Bahnsteig zum Klingen (Bezirksblätter, 15. Oktober 2021)

https://www.meinbezirk.at/salzburg-stadt/c-lokales/borg-bad-hofgastein-bringt-bahnsteig-zum-klingen_a4951963

Mehr Zusammenarbeit von EU-Staaten gewünscht (ORF Salzburg, 16. Oktober 2021)

<https://salzburg.orf.at/stories/3126029/>

EU-Zukunftswanderung auf den Gaisberg (ORF Salzburg Heute, 16. Oktober 2021)

<https://tvthek.orf.at/profile/Salzburg-heute/70019/Salzburg-heute/14109492/EU-Zukunftswanderung-auf-den-Gaisberg/15016980>

„EU-Zukunftswanderung auf den Gaisberg: Gemeinsam einen Beitrag leisten, dass es in Europa bergauf geht!“ (eu-zukunftskonferenz.at, 16. Oktober 2021)

<https://www.eu-zukunftskonferenz.at/nachrichten#euzukunftswanderung>

Klimaschutz ist für Salzburger das dringlichste europäische Thema (APA-OTS, 18. Oktober 2021)

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211018_OTS0068/klimaschutz-ist-fuer-salzbuerger-das-dringlichste-europaeische-thema-bild

Der Schutzstatus des Wolfes ist nicht so hoch (Salzburger Nachrichten, 19. Oktober 2021)

<https://www.sn.at/salzburg/chronik/der-schutzstatus-des-wolfes-ist-nicht-so-hoch-111103444>

Klimaschutz für Salzburger dringlichstes Thema (salzburg24.at, 18. Oktober 2021)

<https://www.salzburg24.at/news/salzburg/klimaschutz-fuer-salzbuerger-dringlichstes-eu-thema-111059851>

EU-Besuch in Salzburg: Mit dem Rad die Stimmung eingefangen (Kronen Zeitung, 21. Oktober 2021)

<https://www.krone.at/2536544>

EU-Zukunftstour: Das will Salzburg von der EU (Regional TV Salzburg, 22. Oktober 2021)

<https://www.rts-salzburg.at/clip/eu-zukunftstour-das-will-salzburg-von-der-eu/>

Bilder der EU-Zukunftstour in Salzburg



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Resümee

Gemeinsam (etwas) bewegen für Europa: Zum Auftakt ihrer EU-Zukunftstour durch das Land Salzburg sind Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), Samstagvormittag mit Europaministerin Karoline Edtstadler auf den Gaisberg gewandert – gemeinsam mit Jugendlichen, Lokal- und Regionalpolitiker sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Selmayr und Schmidt waren Mitte Oktober quer durch Salzburg mit dem Rad und der Bahn unterwegs. Sie möchten hören, was sich die Menschen von der Zukunft Europas erwarten und welche Kritikpunkte, Wünsche und Anregungen sie haben. Ziel ist es, Schwung in die seit 9. Mai laufende EU-Zukunftsdebatte zu bringen. Auf dem Programm – das mit Unterstützung von EUROPE DIRECT vor Ort organisiert wurde – stehen Treffen und Gespräche u. a. mit Jugendlichen, Regional- und Lokalpolitikern, Landwirten, Wirtschaftstreibenden, Kulturschaffenden, Tierärzten und Tourismusvertretern.

„Nur im Team bestehend aus europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene können wir in Europa vorwärts kommen“, sagt EU-Botschafter Selmayr. „Die Impfungen gegen Corona sind ein gutes Beispiel dafür, wie erfolgreich wir gemeinsam sind. Nach dem Motto ‚die EU bringt’s, Österreich verimpft’s‘ wurden die Impfstoffe auf europäischer Ebene beschafft und auf nationaler beziehungsweise regionaler Ebene verabreicht. Auch bei anderen Themen wie beispielsweise dem Klimaschutz, der den Menschen in Salzburg ein besonderes Anliegen ist, braucht es entschlossene, koordinierte Maßnahmen auf allen politischen Ebenen.“

Begleitend zu ihren Gesprächen in den einzelnen Bundesländern führen die ÖGfE und die Europäische Kommission mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich Meinungsumfragen durch. Dabei zeigt sich in Salzburg, dass die Menschen stark an europapolitischen Geschehnissen interessiert sind und auch der EU-Zukunftsdebatte durchaus offen gegenüberstehen. Fast drei Viertel der Salzburgerinnen und Salzburger sind an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert“, davon 21 Prozent „sehr“ und 53 Prozent „eher“. Je älter die Befragten und je höher der schulische Ausbildungsgrad, desto größer auch ihr Interesse an politischen Geschehnissen in der EU. Bei Männern ist das Interesse etwas höher als bei Frauen.

Drei von zehn Befragten (31 Prozent) geben an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen, und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. Weitere 50 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte zumindest vorstellen könnten.

Klare Mehrheit sieht Vorteile in der EU-Mitgliedschaft

Der „Klima- und Umweltschutz“ (64 Prozent „hohe Priorität“) sowie „die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ (63 Prozent) stehen für die Salzburgerinnen und Salzburger an allererster Stelle jener Themen, denen sich die EU künftig vordringlich widmen soll. Mit einigem Abstand folgen die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ (54 Prozent) sowie eine „gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik“ (46 Prozent).

Wenn es um die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Salzburg geht, so sind 45 Prozent der Befragten überzeugt, dass sie vor allem Positives im eigenen Bundesland bemerken, 21 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Etwa ein Drittel (34 Prozent) sagt, „es macht keinen Unterschied für Salzburg, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht.“

„Die Zahlen machen deutlich, dass es einen breiten und kontinuierlichen Dialog sowie einen offenen Austausch über aktuelle europäische Entwicklungen und die Rolle Österreichs in Europa braucht. Das Potenzial und Interesse dafür ist durchaus vorhanden“, betont ÖGfE-Generalsekretär Schmidt. „Europa fängt nicht in Brüssel oder in Wien, sondern in der Gemeinde an. Dort werden Projekte umgesetzt und politische Debatten geführt. Es sind die Gemeinderäte, die Bürgermeister und auch die Landesregierung, die in der Region besondere Glaubwürdigkeit und hohes Vertrauen genießen und die eine stärkere Rolle spielen sollten, wenn es darum geht, konkrete Ideen und Vorschläge nach Europa zu tragen und europäische Verantwortung vor Ort zu leben. Nach dem Brexit und nach der Pandemie ist die aktuelle EU-Zukunftsdebatte die Chance, das Verständnis füreinander und die Zusammenarbeit der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Politik zu vertiefen. Nur so schaffen wir es, Europa vorwärts zu bringen.“

51 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 39 Prozent würden es für sinnvoller halten, dass künftig die „EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“.

Im Hinblick auf Entscheidungen, welche die persönliche Zukunft betreffen, hat etwa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 17 Prozent geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 10 Prozent nennen die EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Das stärkste Vertrauen in die regionale Ebene zeigen Männer (60 Prozent), junge Salzburgerinnen und Salzburger sagen am öftesten (20 Prozent), dass sie am ehesten den EU-Institutionen vertrauen.

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt
Generalsekretär
paul.schmidt@oegfe.at

Mag. Stefan Schaller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stefan.schaller@oegfe.at

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: europa@oegfe.at | Web: www.oegfe.at